



Amtsblatt der Stadt Köln

44. Jahrgang

G 2663

Ausgegeben am 25. September 2013

Nummer 39

Inhalt

458	Einladung 47. Sitzung des Rates am Dienstag, dem 01.10.2013 – 15:30 Uhr Ratssaal	Seite 617
459	Einziehung der Hertzstraße in Köln-Porz hier: Bekanntmachung der Absicht der Einziehung	Seite 620
460	Bekanntmachung Mitgliedschaft in der Bezirksvertretung 9 – Mülheim	Seite 620
Öffentliche Ausschreibung nach VOB		
461	Diverse städtische Gebäude – Kontraktabrufleistungen im Gewerk Sanitärarbeiten – 2013-1908-5-c	Seite 620
462	Erneuerung von 14 Rauchschutztüren in der Gustav-Heinemann-Hauptschule in Köln-Seeberg – Metallbau/Schlosserarbeiten – 2013-1888-3C	Seite 622
463	Kontraktabrufleistungen im Gewerk Heizungsarbeiten 11 Lose – Heizungstechnik/Warmwasseran – 2013-1857-4C	Seite 623
464	Neubau Grundschule mit Turnhalle und Kindertagesstätte Ottostraße 76, Köln – Maler/Lackierarbeiten – 2013-1889-3	Seite 624
465	Neubau Grundschule mit Turnhalle und Kindertagesstätte Ottostraße in Köln – Bodenbelagsarbeiten – 2013-1927-4C	Seite 625
466	Neubau Mensa Adalbertstraße, Köln – Tischlerarbeiten – 2013-1891-4C	Seite 626
Öffentliche Ausschreibung nach VOL		
467	Rahmenvertrag zur Beschaffung von Verbrauchsmaterial (verstellbare Immobilisationskragen, Larynx-tuben, Sicherheitsvenenverweilkanülen, Zentrale Venenkatheter) für den Rettungsdienst der Stadt Köln mit einer Vertragsdauer von 24 Monaten – 2013-1928-4	Seite 627
Öffentliche Ausschreibung nach VOF		
468	Hansa Gymnasium Köln: Leistungen der Tragwerksplanung im Rahmen der Generalsanierung des – Tragwerksplanung – 2013-1860-3	Seite 628

458 Einladung 47. Sitzung des Rates am Dienstag, dem 01.10.2013 – 15:30 Uhr Ratssaal

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 **Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 2 **Annahme von Schenkungen/Vermächtnissen/Erbschaften**
 - 2.1 Annahme einer Spende an die Stadt Köln, Museum Ludwig
hier: Spende in Höhe von 26.000,00 € zur Verwendung für den „Langen Donnerstag“ in 2014 im Museum Ludwig
- 3 **Anträge des Rates/Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen**
 - 3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
 - 3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend „Erweiterung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung“
 - 3.1.2 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Bettelfreie Zonen für Köln!“
 - 3.1.3 Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend „Wolgograd – Eskalation von Gewalt gegen Lesben und Schwule“
 - 3.1.4 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Erinnerung an den Untergang des kl. Kreuzers „Cöln“ zum hundertsten Jahrestag“
 - 3.1.5 Antrag der CDU betreffend „Sonderparkausweise für Elektrofahrzeuge“
 - 3.1.6 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Förderung des Wohnungsbaus für Studentinnen und Studenten“
 - 3.1.7 Antrag der CDU betreffend „Optimierte Busverkehre in Köln“
 - 3.1.8 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Neuer Stadtteil Butzweiler“
 - 3.1.9 Antrag der CDU betreffend „Weihnachtsticket für Köln“
 - 3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
- 4 **Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
 - 4.1 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Flugverbot statt Wohnungsnot“
Antwort der Verwaltung vom 01.08.2013
 - 4.2 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend „Nutzung von Geodaten durch die Stadtverwaltung“
 - 4.3 Anfrage von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) betreffend „Künftige Folgekosten Archäologische

- Zone/Jüdisches Museum“
- 4.4 Anfrage von Ratsmitglied Henseler betreffend „Cyanitbelastung Kalkberg“!
- 4.5 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend „Freier WLAN-Zugang in Köln/Umsetzung Internetstadt Köln“
- 5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen**
- 5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
- 5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
- 5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
- 5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
- 6 Ortsrecht**
- 6.1 Satzungen
- 6.1.1 4. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Festlegung des Geldbetrages je Stellplatz (Ablösesatzung) – Verlängerung des Baulückenbonus
- 6.1.2 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR: Aufhebung der drei Fristensatzungen für Dichtheitsprüfungen nach § 61 a Landeswassergesetz NRW
- 6.1.3 12. Satzung zur Änderung der Satzung der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln
- 6.1.4 Zweite Satzung zur Änderung der Satzung über die Errichtung und Unterhaltung von Einrichtungen für obdachlose Personen, Übergangswohnheimen für Aussiedler und ausländische Flüchtlinge der Stadt Köln. Zweite Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme der in Satz 1 genannten Einrichtungen und Übergangswohnheimen der Stadt Köln.
- 6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches
- 6.2.1 4. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Rheinische Musikschule
- 6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen
- 6.3.1 3. Änderungsverordnung zur 1. Ordnungsbehördlichen Verordnung für 2013 vom 20.09.2012 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in den Stadtteilen
- 6.4 Sonstige städtische Regelungen
- 7 Unterrichtung des Rates gemäß § 82 Absatz 1 und § 84 Absatz 1 Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen über die vom Kämmerer genehmigten Mehraufwendungen**
- 8 Überplanmäßige Aufwendungen**
- 8.1 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0601, Kinder- und jugendpädagogische Einrichtung, für das Haushaltsjahr 2012
- 9 Außerplanmäßige Aufwendungen**
- 10 Allgemeine Vorlagen**
- 10.1 Abführung an den städtischen Haushalt für 2013
- 10.2 Elektronischer Versand der Sitzungsunterlagen Durchführung eines Evaluierungsbetriebes
- 10.3 Jahresabschluss 2012 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln
- 10.4 Teilfinanzplan 1202; Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2013 bei der Finanzstelle 0000-1202-0-0001, Beschaffung beweglichen Anlagevermögens
- 10.5 Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2013 bei der Finanzstelle 6901-1202-3-0220, Grunderneuerung Brücke Gleueler Str.
- 10.6 Abordnung eines städtischen Mitarbeiters/einer städtischen Mitarbeiterin auf die Stelle „Projektmanager/in Regionale Sonderprojekte“ beim Verein Region Köln/Bonn e.V
- 10.7 KölnMusik GmbH hier: Rückerstattung der Zuschussüberzahlung 2012
- 10.8 Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln 2013
- 10.9 Errichtung einer Gesamtschule im Stadtbezirk Innenstadt (Köln Altstadt-Süd) zum Schuljahr 2014/15
- 10.10 Errichtung einer Gesamtschule im Stadtbezirk Köln-Mülheim zum Schuljahr 2014/15
- 10.11 Baubeschluss für den Ausbau des Busbahnhofes Köln Porz-Wahn sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplans Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle 6606-1201-7-1002, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen
- 10.12 Abbruchgenehmigung für die HGK-Eisenbahnbrücke Weinsbergstraße und Kenntnisnahme der Machbarkeitsstudie für eine neue Rad- und Gehwegbrücke
- 10.13 Zügigkeitserhöhung der Willy-Brandt-Gesamtschule Im Weidenbruch, Köln Höhenhaus und Bildung eines Teilstandortes am Dellbrücker Mausepfad zum Schuljahr 2015/16
- 10.14 Wirtschaftsplan des Gürzenich-Orchesters Köln, Wj. 2013/2014
- 10.15 Mehrstellen Historisches Archiv
- 10.16 Unbefristete Verlängerung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Heilpraktikergesetz für den Regierungsbezirk Detmold sowie Zusetzung einer 0,5 Stelle VA aufgrund gestiegener Fallzahlen
- 10.17 Teilergebnisplan 1202 – Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV Baubeschluss für die Ertüchtigung des Tunnels am Domhof gemäß der Richtlinien für die Ausstattung und den Betrieb von Straßentunneln (RABT 2006)
- 10.18 Umwandlung von zwei Katholischen Grundschulen in Gemeinschaftsgrundschulen
- 10.19 Übertragung der Entscheidung über die Zahl der Eingangsklassen und der Aufnahmekapazitäten der Grundschulen auf den Ausschuss Schule und Weiterbildung
- 10.20 Flughafen Köln/Bonn GmbH (FKB) hier: Änderung des Gesellschaftsvertrages
- 10.21 Bürgerzentrum Chorweiler – Kosten für Erneuerungs- und Sanierungsmaßnahmen im Rahmen der Generalsanierung Verwaltungsgebäude Pariser Platz 1
- 10.22 Städtebauliche Neuordnung des Dornumfeldes im Bereich Dionysoshof/Baptisterium; hier: Bauabschnitt 1, Baubeschluss Bauphase 2 sowie Einzelentscheidungen
- 10.23 Maßnahmen zur gesundheitlichen und sozialen Betreuung der Sexarbeiterinnen im Kölner Süden Umsetzung von Ziffer 9 des Ratsbeschlusses vom 07.04.2011
- 10.24 Betrauung der KVB mit der weiteren Planung, dem Bau, dem Betrieb und der Unterhaltung der P+R-Anlage Porz-Wahn
- 10.25 Übertragung der Ratssitzung mittels Livestream im Internet

- 10.26 Haltestelle Vingst
Erweiterter Planungs- und Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Aufzugsnachrüstung und Umgestaltung, sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes bei Finanzstelle 6903-1202-8-7114, Hst. Vingst – Einbau von Aufzügen
- 10.27 Erweiterungsbau für das Albertus-Magnus-Gymnasium, Ottostraße 87, 50823 Köln-Ehrenfeld
Gesamtbaumaßnahme Mensa, Ganztags, zusätzliche Klassen für SEK I + II sowie 1-Feld-Turnhalle
Baubeschluss
- 10.28 Kindertagespflege für unter 3-jährige
- 10.29 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Wikinger Weg 6, 51061 Köln-Höhenhaus und Abbruch des bisherigen städtischen Sozialhauses
– Baubeschluss –
- 10.30 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Morkener Straße 20, 50767 Köln – Heimersdorf und Abbruch des bisherigen städtischen Sozialhauses
– Baubeschluss –
- 10.31 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Mündelstraße 52, 51065 Köln – Mülheim und Abbruch des bisherigen städtischen Sozialhauses
– Baubeschluss –
- 10.32 Generalinstandsetzung Bezirksrathaus Pariser Platz 1 in Köln-Chorweiler
- 11 Bauleitpläne – Änderung des Flächennutzungsplanes**
- 12 Bauleitpläne – Anregungen/Satzungen**
- 12.1 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 68459/02
Arbeitstitel: 2. Änderung „ICE-Terminal Messe“ in Köln-Deutz
- 12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 63471/04
Arbeitstitel: Rochusplatz in Köln-Bickendorf
- 12.3 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan 71489/04
Arbeitstitel: Schanzenstraße Nord in Köln-Mülheim
- 12.4 Beschluss über Stellungnahmen, Ergänzung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 63458/02
Arbeitstitel: Oskar-Jäger-Straße/Ölstraße in Köln-Ehrenfeld
- 12.5 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 69474/02
Arbeitstitel: Deutz-Mülheimer Straße in Köln-Mülheim
- 12.6 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 67458/08
Arbeitstitel: Brandenburger Straße Teilbereich B in Köln-Altstadt/Nord
- 12.7 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 68423/02
Arbeitstitel: Gustav-Heinemann-Ufer 88 bis 90 in Köln-Bayenthal
- 12.8 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan 64389/02
Arbeitstitel: Melia-Deponie in Köln-Rondorf
- 12.9 Beschluss über die Einleitung sowie Satzungsbeschluss betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nummer 70489/03 (7048 Sa/03)
Arbeitstitel: Marktplatz Berliner Straße in Köln-Mülheim, 1. Änderung
- 12.10 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 67417/02
Arbeitstitel: Raderberger Straße 154 bis 160 in Köln-Raderberg
- 12.11 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan 69450/08
Arbeitstitel: Ehemaliges CFK-Gelände in Köln-Kalk; hier: Behebung von Fehlern im ergänzenden Verfahren gemäß § 214 Absatz 4 Baugesetzbuch
- 13 Bauleitpläne – Aufhebung von Bebauungs-/Durchführungs-/Fluchtlinienplänen**
- 13.1 Aufhebung des Fluchtlinienplanes 414
– Satzungsbeschluss –
Arbeitstitel: Subbelrather Straße/Marienstraße in Köln-Bickendorf
- 14 Erlass von Veränderungssperren**
- 15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen**
- 16 KAG-Satzungen – Erschließungsbeitragssatzungen**
- 17 Wahlen**
- 17.1 RheinCargo GmbH u. Co.KG; Wahl von Arbeitnehmervertretern in den Aufsichtsrat
- 17.2 Ausländerrechtliche Beratungskommission; Bestimmung eines neuen stellvertretenden Mitglieds
- 17.3 Änderung der personellen Zusammensetzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz
- 17.4 Wiederwahl des Beigeordneten Dezernat I – Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Recht; Bestellung zum Stadtdirektor
- 17.5 Neuwahl der/des Beigeordneten Dezernat I – Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Recht; Bestellung zur/zum Stadtdirektor/in
- 18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 18.1 Baubeschluss für die Erneuerung von 7 Fahrtreppenanlagen an den Stadtbahnhaltestellen Kalk Post und Kalk Kapelle mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes des Hj. 2013 bei Finanzstelle 6903-1202-8-3003, Kalk Post Kalk Kapelle, Erneuerung der Fahrtreppen
- 19 -**
- II. Nichtöffentlicher Teil**
- 20 Annahme von Schenkungen/Vermächtnissen/Erbschaften**
- 21 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 22 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 23 Grundstücksangelegenheiten**
- 23.1 Städtisches Grundstück Thumbstraße 26 in Köln-Kalk
- 23.2 Städtisches Grundstück Immendorfer Straße in Köln-Godorf
- 23.3 Städtisches Grundstück im Baugebiet Kriebelspfad in Köln-Worringen

- 23.4 Bestellung eines Erbbaurechtes für den FC Rheinsüd Köln 2010 in Köln-Sürth
- 23.5 Verlängerung Mietvertrag FOK Dünnwald, Peter-Baum-Weg
- 23.6 Vorzeitige Verlängerung eines Mietvertrages
- 23.7 Vermietung des Grundstücks Freimersdorfer Weg
- 23.8 Bestellung eines Erbbaurechtes, Grundstück Herler Ring in Köln-Buchheim
- 23.9 Severinstr. 15 (Haus Balchem)
- 23.10 Ankauf des Grundstückes Gaedestraße in Köln-Marienburg
- 23.11 Vorzeitige Verlängerung von Mietverträgen

24 Allgemeine Vorlagen

- 24.1 Mietvertragsverlängerung für die Kindertageseinrichtung Flemingstraße 4–6, Köln-Niehl
- 24.2 Mietvertragsverlängerung für die Kindertageseinrichtung Berrenrather Str. 337c, Köln-Sülz
- 24.3 Einleitung eines Offenen Vergabeverfahrens zum Abschluss von Verträgen über die Unterhalts-, Grund- und Feuchtreinigung in insgesamt 30 Objekten (Verwaltungsgebäuden, Schulen, Kindertagesstätten, etc.) – Paket 10 –
- 24.4 Kölner Verkehrs-Betriebe AG: Anteilserhöhung an der Schilling Omnibusverkehr GmbH
- 24.5 Vergabe von Leistungen zur Einbindung in den öffentlichen Luftrettungsdienst der Stadt Köln

25 Wahlen

- 26 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

Köln, den 20.09.2013
 Der Oberbürgermeister
 gez. Jürgen Roters

459 Einziehung der Hertzstraße in Köln-Porz hier: Bekanntmachung der Absicht der Einziehung

Es ist beabsichtigt, die Hertzstraße in Köln-Porz von Ohmstraße bis Planckstraße (Gemarkung Wahn, Flur 2, Flurstück 5/9 und Teilstück aus Flurstück 1900) für den öffentlichen Verkehr einzuziehen.

Die Einziehung erfolgt aus überwiegenden Gründen des öffentlichen Wohles und entspricht den künftigen planungsrechtlichen Festsetzungen. Die Straße soll in eine private Spielstraße umgewandelt werden, wobei ein Gehrecht zu Gunsten der Allgemeinheit und ein Fahr- und Leitungsrecht zu Gunsten der Anlieger und Versorgungsträger gesichert wird.

Nach § 7 Abs. 4 Straßen- und Wegegesetz NRW ist die Absicht der Einziehung mindestens drei Monate vor der Einziehungsverfügung öffentlich bekanntzumachen, um Gelegenheit zu Einwendungen zu geben.

Ein Plan, aus dem die Lage der einzuziehenden Fläche ersichtlich ist, kann beim

Bauverwaltungsamt, Willy-Brandt-Platz 2, 50679 Köln, Zimmer 13 C 61,

montags und donnerstags	von 8.00 – 16.00 Uhr,
dienstags	von 8.00 – 18.00 Uhr,
mittwochs und freitags	von 8.00 – 12.00 Uhr

sowie nach besonderer Terminvereinbarung (Telefon 0221/221-23904) eingesehen werden.

Einwendungen können beim Oberbürgermeister der Stadt Köln, Bauverwaltungsamt, Stadthaus, Willy-Brandt-Platz 2, 50679 Köln, schriftlich oder mündlich zur Niederschrift erklärt werden.

Die Absicht der Einziehung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Der Oberbürgermeister
 Im Auftrag
 Angela Thiemann, Amtsleiterin

460 Bekanntmachung Mitgliedschaft in der Bezirksvertretung 9 – Mülheim

Herr Günter Hermkes-Ulke, Mitglied der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen in der Bezirksvertretung des Stadtbezirkes 9 – Mülheim, hat mit Wirkung zum 01.09.2013 sein Mandat in der Bezirksvertretung der Stadt Köln niedergelegt.

Als Nachfolger wurde gemäß § 45 in Verbindung mit § 46 a des Kommunalwahlgesetzes

Frau Ursula Schlömer, Kfm. Angestellte,
 geb. 1958 in Köln
 Thurner Kamp 105, 51069 Köln

festgestellt und als Mitglied der Bezirksvertretung des Bezirkes 9 – Mülheim für die Wahlperiode 2009/2014 berufen.

Gegen die Feststellung kann binnen eines Monats nach Bekanntgabe Einspruch eingelegt werden, über den der Wahlleiter entscheidet.

Köln, 04.09.2013

In Vertretung
 Guido Kahlen
 Stadtdirektor

461 Öffentliche Ausschreibung nach VOB Diverse städtische Gebäude – Kontraktabrufleistungen im Gewerk Sanitärarbeiten – 2013-1908-5-c

Öffentlicher Auftraggeber: Stadt Köln, Zentrales Vergabeamt -27-, Willy-Brandt-Platz 2, 50679 Köln

Zusendung der Unterlagen: Online-Formular

Für Selbstabholer: Ausgabestelle

Vergabenummer: 2013-1908-5-c

Verfahrens-/Vertragsart: öffentliche Ausschreibung – VOB
 Vorgaben des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen

Die Vergabe des Auftrages richtet sich unter anderem nach dem Gesetz über die Sicherung von Tariftreue und Sozialstandards sowie fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher

Aufträge (Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen – TVgG – NRW) vom 10. Januar 2012. Hiernach müssen Bieterinnen oder Bieter, deren Nachunternehmerinnen oder Nachunternehmer beziehungsweise Verleiherinnen oder Verleiher von Arbeitskräften, soweit diese bereits bei Angebotsabgabe bekannt sind beziehungsweise bekannt sein müssen, gemäß den Vorgaben der §§ 4, 17, 18 und 19 TVgG Verpflichtungserklärungen zu Umweltstandards und Energieeffizienz, sozialen Mindeststandards, Frauen- und Familienförderung sowie bei Bau- und Dienstleistungen auch zu Tarif- beziehungsweise Mindestlöhnen abgeben. Die Verpflichtungserklärungen sind Bestandteil der Vergabeunterlagen.

Inhalt und Umfang des Auftrags

Gegenstand der Bekanntmachung: Abschluss einer Rahmenvereinbarung, Laufzeit 24 Monate

Ort der Ausführung: Die Arbeiten werden in 9 Bezirken im Stadtgebiet Köln durchgeführt.

Die zu betreuenden Objekte umfassen unter anderem Sozial- und Asylhäuser.

Angaben zur Rahmenvereinbarung: Rahmenvereinbarung mit einem einzigen Wirtschaftsteilnehmer

Laufzeit der Rahmenvereinbarung in Monaten: 24

Kurze Beschreibung des Auftrags:

Die Auftragnehmer erbringen für die Dauer von 24 Monaten auf Abruf Instandhaltungsleistungen des oben genannten Gewerks.

Der Auftragswert je Abruf (Bestellung) beträgt maximal 5.000,- Euro (netto).

Grundlage der Beauftragung ist das Standardleistungsbuch Gas-, Wasser-, Abwasserinstallationsarbeiten nach StLB-BauZ 681,

Ausgabe Juli 2011; 4. Auflage (ISBN 978-3-410-82271-4). sowie zu bepreisende zusätzliche Leistungen für Stundenlohn und Materialzuschlag.

Es sind insgesamt 5 Lose zu vergeben, mit einem prognostizierten Gesamtauftragswert von circa 229.100 Euro (netto) pro Jahr.

Die Leistungen sind im eigenen Betrieb mit eigenem Personal durchzuführen.

Aufteilung in Lose: Die Angebote sollten wie folgt eingereicht werden: nur für ein Los

Losbeschreibung: Los 1 (Bezirk 1 – Innenstadt), Los 2 (Bezirk 2 – Rodenkirchen, Bezirk 3 – Lindenthal), Los 3 (Bezirk 4 – Ehrenfeld, Bezirk 5 – Nippes, Bezirk 6 – Chorweiler) Los 4 (Bezirk 7 – Porz, Bezirk 8 – Kalk) Los 5 (Bezirk 9 – Mülheim)

Varianten/Nebenangebote sind zulässig: nein

Gesamtmenge beziehungsweise -umfang des Auftrags:

Bei der Auswertung durchschnittlich ermittelte Ausgaben pro Jahr,

für Los 1 belaufen sich die Kosten auf circa 19% mit circa 43.600 Euro (netto).

für Los 2 belaufen sich die Kosten auf circa 21% mit circa 47.500 Euro (netto).

für Los 3 belaufen sich die Kosten auf circa 39% mit circa 89.300 Euro (netto).

für Los 4 belaufen sich die Kosten auf circa 14% mit circa 31.100 Euro (netto).

für Los 5 belaufen sich die Kosten auf circa 8% mit circa 17.600 Euro (netto).

Die vorgenannten Werte sind prognostizierte Werte und erheben keinen Anspruch auf Ausschöpfung der Auftragssumme.

Optionen: nein

Vertragslaufzeit der Auftragsausführung: 24 Monate

Voraussetzungen des Auftrags

Geforderte Kationen und Sicherheiten: §17 VOB/B.

Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen beziehungsweise Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: §16 VOB/B.

Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird: Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigter Vertreterin oder bevollmächtigtem Vertreter.

Sonstige Bedingungen an die Auftragsausführung: Die Leistungen sind überwiegend im eigenen Betrieb mit eigenem Personal auszuführen.

#Geforderte Nachweise zur persönlichen Lage: siehe Anlage – Auflistung der geforderten Nachweise und Erklärungen.

Teilnahmekriterien:

a) Handwerksrolle für Sanitärtechnik – K.-o.-Kriterium

b) Interne Referenz, mindest Gesamtnote „Befriedigend“ (Note 2,5-3,4)

Gewichtung: K.o.-Kriterium.

Ist eine interne Referenz noch nicht vorhanden, werden die benannten externen Referenzen herangezogen und geprüft.

Die Gesamtnote setzt sich zusammen aus den vier Einzelnoten für:

Fachliche Qualität, Termintreue, Kommunikation und Abrechnung.

c) Reaktionszeit, gemessen von der Betriebsstätte bis Köln Mitte,

nach Erteilung des Einzelauftrags (Bestellung): 30 Minuten

Gewichtung: K.o.-Kriterium.

Geforderte Nachweise zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit:

siehe Anlage – Auflistung der geforderten Nachweise und Erklärungen.

Geforderte Nachweise zur technischen Leistungsfähigkeit:

siehe Anlage – Auflistung der geforderten Nachweise und Erklärungen.

Zeitpunkt der Vorlage der geforderten Nachweise: Zum Submissionstermin

Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der betreffenden Dienstleistung verantwortlich sein soll: ja

Zuschlagskriterien

Zuschlagskriterien (bei europaweiten Verfahren mit deren Gewichtung): Preis zu 100%

Ausgabe der Unterlagen

Weitere Unterlagen können gefordert werden bei: Stadt Köln, Zentrales Vergabeamt -27-

Zimmer-Nummer: 10 A 05, Willy-Brandt-Platz 2, 50679 Köln, Telefon: 0221/221-26886

Fax: 0221/221-26272

Abgeholt werden können die Unterlagen montags bis freitags von 8 bis 12 Uhr.

Wird ein Entgelt für die Unterlagen erhoben, ist dieses sowohl bei Abholung als auch bei Versand im Voraus zu überweisen.

Bitte zahlen Sie den Betrag auf das Konto bei der Sparkasse KölnBonn, Kontonummer 1929792990, BLZ 37050198. Als Verwendungszweck ist die oben genannte zehnstellige Vergabenummer anzugeben. Die Vorlage des Einzahlungsbelegs, zum Beispiel die Auftragsbestätigung bei Onlinebuchung, ist Voraussetzung für die Herausgabe oder den Versand der Vergabeunterlagen.

Entgelt für die Unterlagen: Für Abholer: 0 Euro, Bei Versand: 0 Euro

Empfohlener Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen: 11.10.2013

Frist für die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge:
18.10.2013, 10 Uhr
Zuschlagsfrist: 17.01.2014

Bewerbung/Angebote bitte richten an: Stadt Köln, Zentrales Vergabeamt -27-

Zimmer-Nummer: 10 A 21, Willy-Brandt-Platz 2, 50679 Köln
Bewerbungen/Angebote sind in allen Bestandteilen in deutscher Sprache abzufassen.

Auskunft erteilt:

Ihre Fragen senden Sie bitte an die E-Mail-Adresse submissionsdienst-vergabeamt@stadt-koeln.de oder an die Faxnummer 0221/221-26272.

Bei der Eröffnung der Angebote dürfen Bieterinnen und Bieter oder ihre Bevollmächtigten anwesend sein.

Nachprüfungsstelle: Bezirksregierung Köln, Zeughausstraße 2-10, 50667 Köln

Anfragen per E-Mail zu Ausschreibungen und Vergabevorgängen richten Sie bitte gleichzeitig an unser Postfach „Submissionsdienst-Vergabeamt@stadt-koeln.de“

462 Öffentliche Ausschreibung nach VOB Erneuerung von 14 Rauchschutztüren in der Gustav-Heinemann-Hauptschule in Köln-Seeberg – Metallbau/Schlosserarbeiten – 2013-1888-3C

Öffentlicher Auftraggeber: Stadt Köln, Zentrales Vergabeamt -27-, Willy-Brandt-Platz 2, 50679 Köln

Zusendung der Unterlagen: Online-Formular

Für Selbstabholer: Ausgabestelle: Zimmer 10 A 04

Vergabenummer: 2013-1888-3C

Verfahrens-/Vertragsart: öffentliche Ausschreibung – VOB
Vorgaben des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen

Die Vergabe des Auftrages richtet sich unter anderem nach dem Gesetz über die Sicherung von Tariftreue und Sozialstandards sowie fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen – TVgG – NRW) vom 10. Januar 2012. Hiernach müssen Bieterinnen oder Bieter, deren Nachunternehmerinnen oder Nachunternehmer beziehungsweise Verleiherinnen oder Verleiher von Arbeitskräften, soweit diese bereits bei Angebotsabgabe bekannt sind beziehungsweise bekannt sein müssen, gemäß den Vorgaben der §§ 4, 17, 18 und 19 TVgG Verpflichtungserklärungen zu Umweltstandards und Energieeffizienz, sozialen Mindeststandards, Frauen- und Familienförderung sowie bei Bau- und Dienstleistungen auch zu Tarif- beziehungsweise Mindestlöhnen abgeben. Die Verpflichtungserklärungen sind Bestandteil der Vergabeunterlagen.

Inhalt und Umfang des Auftrags

Gegenstand der Bekanntmachung: Öffentlicher Auftrag

Ort der Ausführung: Karl-Marx-Allee 3, 50679 Köln (Seeberg)

Kurze Beschreibung des Auftrags: Ausbau- und fachgerechte Entsorgung von 14 doppelflügeligen Rauchschutztüren einschließlich Nebenarbeiten.

Lieferung und Montage von 14 Rauchschutztüren als Stahl/ Glaskonstruktion einschließlich Nebenarbeiten.

Aufteilung in Lose: Die Ausschreibung ist nicht in Lose aufgeteilt.

Varianten/Nebenangebote sind zulässig: ja

Gesamtmenge beziehungsweise -umfang des Auftrags: Ausbau und Entsorgung von 14 Rauchschutztüren 1,96 m Breite x 2,03 – 2,11 m Höhe,

Lieferung und Montage von 14 Rauchschutztüren 1,96 m Breite x 2,03 – 2,11 m Höhe,

Teilung 2/3 Gehflügel 1,22 m mit 1-seitigen Teleskopdrücker und Beschlägen/1/3 Bedarfsflügel 0,58 m,

Lieferung und Montage von 100 m beschichteten Winkelprofilen als Verleistungen der neuen Rauchschutztüren,

Lieferung und Montage von Edelstahlblechen als Bodenabdeckung im Bereich der Rauchschutztüren.

Optionen: nein

Vertragslaufzeit der Auftragsausführung: 2 Monate

Beginn und Ende der Auftragsausführung: Beginn: 11/2013
Ende 01/2014

Voraussetzungen des Auftrags

Geforderte Kautionen und Sicherheiten: §17 VOB/B.

Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen beziehungsweise Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: §16 VOB/B.

Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigter Vertreterin oder bevollmächtigtem Vertreter.

Sonstige Bedingungen an die Auftragsausführung: keine

Geforderte Nachweise zur persönlichen Lage: Gemäß § VOB A

Geforderte Nachweise zur wirtschaftlichen und finanziellen

Leistungsfähigkeit: Gemäß § VOB A

Geforderte Nachweise zur technischen Leistungsfähigkeit: Erklärung über die Bereitstellung der Beschäftigung ausreichender Mitarbeiter für die Ausführung der Arbeiten,

Benennung eines deutschsprachigen Ansprechpartners mit ausreichender Fach- und Sachkunde auf der Baustelle sowie eines Vertreters,

Zeitpunkt der Vorlage der geforderten Nachweise: Mit der Abgabe des Angebotes.

Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der betreffenden Dienstleistung verantwortlich sein soll: ja

Zuschlagskriterien

Zuschlagskriterien (bei europaweiten Verfahren mit deren Gewichtung): 100 % Preis

Ausgabe der Unterlagen

Weitere Unterlagen können gefordert werden bei: Stadt Köln, Zentrales Vergabeamt -27-, Zimmer-Nummer: 10 A 04, Willy-Brandt-Platz 2, 50679 Köln, Telefon: 0221/221-26884

Fax: 0221/221-26272

Abgeholt werden können die Unterlagen montags bis freitags von 8 bis 12 Uhr.

Wird ein Entgelt für die Unterlagen erhoben, ist dieses sowohl bei Abholung als auch bei Versand im Voraus zu überweisen.

Bitte zahlen Sie den Betrag auf das Konto bei der Sparkasse KölnBonn, Kontonummer 1929792990, BLZ 37050198. Als Verwendungszweck ist die oben genannte zehnstellige Vergabenummer anzugeben. Die Vorlage des Einzahlungsbelegs, zum Beispiel die Auftragsbestätigung bei Onlinebuchung, ist Voraussetzung für die Herausgabe oder den Versand der Vergabeunterlagen.

Entgelt für die Unterlagen: Für Abholer: kostenfrei Euro, Bei Versand: kostenfrei Euro

Empfohlener Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen: 08.10.2013

Frist für die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge:
15.10.2013 – 10.00 Uhr
Zuschlagsfrist: 15.01.2014

Bewerbung/Angebote bitte richten an: Stadt Köln, Zentrales Vergabeamt -27-, Zimmer-Nummer: 10 A 021, Willy-Brandt-Platz 2, 50679 Köln

Bewerbungen/Angebote sind in allen Bestandteilen in deutscher Sprache abzufassen.

Auskunft erteilt: Ihre Fragen senden Sie bitte an die E-Mail-Adresse submissionsdienst-vergabeamt@stadt-koeln.de oder an die Faxnummer 0221/221-26272.

Bei der Eröffnung der Angebote dürfen Bieterinnen und Bieter oder ihre Bevollmächtigten anwesend sein.

Nachprüfungsstelle: Bezirksregierung Köln, Zeughausstraße 2–10, 50667 Köln

463 Öffentliche Ausschreibung nach VOB Kontraktabrufleistungen im Gewerk Heizungsarbeiten 11 Lose – Heizungstechnik/Warmwasseran – 2013-1857-4C

Öffentlicher Auftraggeber: Stadt Köln, Zentrales Vergabeamt -27-, Willy-Brandt-Platz 2, 50679 Köln

Zusendung der Unterlagen: Online-Formular

Für Selbstabholer: Ausgabestelle: Zimmer 10 A 04

Vergabenummer: 2013-1857-4C

Verfahrens-/Vertragsart: öffentliche Ausschreibung – VOB

Vorgaben des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen

Die Vergabe des Auftrages richtet sich unter anderem nach dem Gesetz über die Sicherung von Tariftreue und Sozialstandards sowie fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen – TVgG – NRW) vom 10. Januar 2012. Hiernach müssen Bieterinnen oder Bieter, deren Nachunternehmerinnen oder Nachunternehmer beziehungsweise Verleiherinnen oder Verleiher von Arbeitskräften, soweit diese bereits bei Angebotsabgabe bekannt sind beziehungsweise bekannt sein müssen, gemäß den Vorgaben der §§ 4, 17, 18 und 19 TVgG Verpflichtungserklärungen zu Umweltstandards und Energieeffizienz, sozialen Mindeststandards, Frauen- und Familienförderung sowie bei Bau- und Dienstleistungen auch zu Tarif- beziehungsweise Mindestlöhnen abgeben. Die Verpflichtungserklärungen sind Bestandteil der Vergabeunterlagen.

Inhalt und Umfang des Auftrags

Gegenstand der Bekanntmachung: Abschluss einer Rahmenvereinbarung, Laufzeit 24 Monate

Ort der Ausführung: Die Arbeiten werden in 9 Bezirken im Stadtgebiet Köln durchgeführt.

Die zu betreuenden Objekte umfassen unter anderem Schulen und Kindertagesstätten

Angaben zur Rahmenvereinbarung: Rahmenvereinbarung mit mehreren Wirtschaftsteilnehmern

Laufzeit der Rahmenvereinbarung in Monaten: 24

Kurze Beschreibung des Auftrags: Die Auftragnehmer erbringen für die Dauer von 24 Monaten auf Abruf Instandhaltungsleistungen des oben genannten Gewerks.

Der Auftragswert je Abruf (Bestellung) beträgt maximal 5.000,00 Euro (netto).

Grundlage der Beauftragung ist das Standardleistungsbuch Heizanlagen und zentrale Wassererwärmungsanlagen nach Standardleistungsbuch-BauZ 680, Ausgabe September 2008; 3. Auflage (ISBN 978-3-410-82108-3)

sowie zu bepreisende zusätzliche Leistungen für Stundenlohn und Materialzuschlag.

Es sind insgesamt 11 Lose zu vergeben, mit einem prognostizierten Gesamtauftragswert von circa 557.800 Euro (netto) pro Jahr.

Die Leistungen sind im eigenen Betrieb mit eigenem Personal durch zu führen.

Aufteilung in Lose: Die Angebote sollten wie folgt eingereicht werden: nur für ein Los

Losbeschreibung: Los 1 (Bezirk 1 – Neu-/ Altstadt-Nord und Deutz) Los 2 (Bezirk 1 – Neu-/ Altstadt Süd) Los 3 (Bezirk 2 – Rodenkirchen) Los 4 (Bezirk 3 – Lindenthal) Los 5 (Bezirk 4 – Ehrenfeld) Los 6 (Bezirk 5 – Nippes) Los 7 (Bezirk 6 – Chorweiler) Los 8 (Bezirk 7 – Porz) Los 9 (Bezirk 8 – Kalk) Los 10 (Bezirk 9 – Mülheim westlich BAB) Los 11 (Bezirk 9 – Mülheim östlich BAB)

Varianten/Nebenangebote sind zulässig: nein

Gesamtmenge beziehungsweise -umfang des Auftrags: Bei der Auswertung durchschnittlich ermittelten Ausgaben pro Jahr,

für Los 1 belaufen sich die Kosten auf circa 4% mit circa 23.600 Euro (netto).

für Los 2 belaufen sich die Kosten auf circa 5% mit circa 26.700 Euro (netto).

für Los 3 belaufen sich die Kosten auf circa 6% mit circa 34.400 Euro (netto).

für Los 4 belaufen sich die Kosten auf circa 18% mit circa 101.700 Euro (netto).

für Los 5 belaufen sich die Kosten auf circa 9% mit circa 51.700 Euro (netto).

für Los 6 belaufen sich die Kosten auf circa 19% mit circa 104.800 Euro (netto).

für Los 7 belaufen sich die Kosten auf circa 6% mit circa 34.400 Euro (netto).

für Los 8 belaufen sich die Kosten auf circa 12% mit circa 69.200 Euro (netto).

für Los 9 belaufen sich die Kosten auf circa 11% mit circa 60.600 Euro (netto).

für Los 10 belaufen sich die Kosten auf circa 7% mit circa 41.500 Euro (netto).

für Los 11 belaufen sich die Kosten auf circa 2% mit circa 9.200 Euro (netto).

Die vorgenannten Werte sind prognostizierte Werte und erheben keinen Anspruch auf Ausschöpfung der Auftragssumme.

Optionen: nein

Vertragslaufzeit der Auftragsausführung: 24 Monate

Voraussetzungen des Auftrags

Geforderte Kautionen und Sicherheiten: §17 VOB/B.

Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen beziehungsweise Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: §16 VOB/B.

Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird: Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigter Vertreterin oder bevollmächtigtem Vertreter.

Sonstige Bedingungen an die Auftragsausführung:

a) Die Leistungen sind überwiegend im eigenen Betrieb mit eigenem Personal auszuführen.

Geforderte Nachweise zur persönlichen Lage:

siehe Anlage – Auflistung der geforderten Nachweise und Erklärungen.

Geforderte Nachweise zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit:

siehe Anlage – Auflistung der geforderten Nachweise und Erklärungen.

Geforderte Nachweise zur technischen Leistungsfähigkeit:

siehe Anlage – Auflistung der geforderten Nachweise und Erklärungen.

Zeitpunkt der Vorlage der geforderten Nachweise: Zum Submissionstermin.

Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der betreffenden Dienstleistung verantwortlich sein soll: ja Teilnahmekriterien (objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern) mit Gewichtung:

a) Handwerksrolle für Heizungstechnik – K.-o.-Kriterium

b) Interne Referenz, Mindestgesamtnote „Befriedigend“ (Note 2,5-3,4)

Gewichtung: K.o.-Kriterium.

Ist eine interne Referenz noch nicht vorhanden, werden die benannten

externen Referenzen herangezogen und geprüft.

Die Gesamtnote setzt sich zusammen aus den vier Einzelnoten für:

Fachliche Qualität, Termintreue, Kommunikation und Abrechnung.

c) Reaktionszeit, gemessen von der Betriebsstätte bis Köln Mitte,

nach Erteilung des Einzelauftrags (Bestellung): 30 Minuten

Gewichtung: K.o.-Kriterium.

Zuschlagskriterien

Zuschlagskriterien (bei europaweiten Verfahren mit deren Gewichtung):

100 % Preis.

Ausgabe der Unterlagen

Weitere Unterlagen können gefordert werden bei: Stadt Köln, Zentrales Vergabeamt -27-

Zimmer-Nummer: 10 A 04, Willy-Brandt-Platz 2, 50679 Köln

Telefon: 0221/221-32554, Fax: 0221/221-26272

Abgeholt werden können die Unterlagen montags bis freitags von 8 bis 12 Uhr.

Wird ein Entgelt für die Unterlagen erhoben, ist dieses sowohl bei Abholung als auch bei Versand im Voraus zu überweisen. Bitte zahlen Sie den Betrag auf das Konto bei der Sparkasse KölnBonn, Kontonummer 1929792990, BLZ 37050198. Als Verwendungszweck ist die oben genannte zehnstellige Vergabenummer anzugeben. Die Vorlage des Einzahlungsbelegs, zum Beispiel die Auftragsbestätigung bei Onlinebuchung, ist Voraussetzung für die Herausgabe oder den Versand der Vergabeunterlagen.

Entgelt für die Unterlagen: Für Abholer: kostenfrei Euro, Bei Versand: kostenfrei Euro

Empfohlener Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen: 10.10.2013

Frist für die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge: 17.10.2013 – 14.00 Uhr

Zuschlagsfrist: 17.01.2014

Bewerbung/Angabote bitte richten an: Stadt Köln, Zentrales Vergabeamt -27-

Zimmer-Nummer: 10 A 021, Willy-Brandt-Platz 2, 50679 Köln

Bewerbungen/Angabote sind in allen Bestandteilen in deutscher Sprache abzufassen.

Auskunft erteilt: Ihre Fragen senden Sie bitte an die E-Mail-Adresse submissionsdienst-vergabeamt@stadt-koeln.de oder an die Faxnummer 0221/221-26272.

Bei der Eröffnung der Angebote dürfen Bieterinnen und Bieter oder ihre Bevollmächtigten anwesend sein.

Nachprüfungsstelle: Bezirksregierung Köln, Zeughausstraße 2–10, 50667 Köln

464 Öffentliche Ausschreibung nach VOB Neubau Grundschule mit Turnhalle und Kindertagesstätte Ottostraße 76, Köln – Maler/Lackierarbeiten – 2013-1889-3

Öffentlicher Auftraggeber: Stadt Köln, Zentrales Vergabeamt -27-, Willy-Brandt-Platz 2, 50679 Köln

Zusendung der Unterlagen: Online-Formular

Für Selbstabholer: Zimmer 10 A 04

Vergabenummer: 2013-1889-3

Verfahrens-/Vertragsart: öffentliche Ausschreibung – VOB

Vorgaben des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen

Die Vergabe des Auftrages richtet sich unter anderem nach dem Gesetz über die Sicherung von Tariftreue und Sozialstandards sowie fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen – TVgG – NRW) vom 10. Januar 2012. Hiernach müssen Bieterinnen oder Bieter, deren Nachunternehmerinnen oder Nachunternehmer beziehungsweise Verleiherinnen oder Verleiher von Arbeitskräften, soweit diese bereits bei Angebotsabgabe bekannt sind beziehungsweise bekannt sein müssen, gemäß den Vorgaben der §§ 4, 17, 18 und 19 TVgG Verpflichtungserklärungen zu Umweltstandards und Energieeffizienz, sozialen Mindeststandards, Frauen- und Familienförderung sowie bei Bau- und Dienstleistungen auch zu Tarif- beziehungsweise Mindestlöhnen abgeben. Die Verpflichtungserklärungen sind Bestandteil der Vergabeunterlagen.

Inhalt und Umfang des Auftrags

Gegenstand der Bekanntmachung: Öffentlicher Auftrag

Ort der Ausführung: Ottostraße 76, 50823 Köln

Kurze Beschreibung des Auftrags: Neubau Grundschule mit Turnhalle und Kindertagesstätte in Massivbauweise
Malararbeiten an Wänden, Decken und Böden
Aufteilung in Lose: Die Ausschreibung ist nicht in Lose aufgeteilt.

Varianten/Nebenangebote sind zulässig: nein

Gesamtmenge beziehungsweise -umfang des Auftrags: Erstbeschichtung Wand: circa 5.900 qm

Glasfasertapete: circa 1.000 qm

Erstbeschichtung Decke: circa 3.600 qm

Bodenbeschichtung: circa 60 qm

Optionen: nein

Vertragslaufzeit der Auftragsausführung: 40 Tage

Beginn und Ende der Auftragsausführung: Beginn: 11/2013

Voraussetzungen des Auftrags

Geforderte Kauttionen und Sicherheiten: §17 VOB/B.

Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen beziehungsweise Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: §16 VOB/B.

Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird: Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigter Vertreterin oder bevollmächtigtem Vertreter.

Sonstige Bedingungen an die Auftragsausführung: keine

Geforderte Nachweise zur persönlichen Lage: keine

Geforderte Nachweise zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit:

- Angabe der Umsätze des Unternehmens in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren

Geforderte Nachweise zur technischen Leistungsfähigkeit:

- Vergleichbare Referenzobjekte mit Kurzbeschreibung und Auftragwert der letzten 3 Jahre sowie Angabe des Architekten/Ansprechpartner und Telefonnummer.

- Zahl der, im Jahresdurchschnitt beschäftigten Arbeitnehmer, der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, gegliedert nach Berufsgruppen.

Zeitpunkt der Vorlage der geforderten Nachweise: Auf besonderes Verlangen des Auftraggebers vor Auftragsvergabe.

Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der betreffenden Dienstleistung verantwortlich sein soll: ja
Zuschlagskriterien

Zuschlagskriterien (bei europaweiten Verfahren mit deren Gewichtung): 100 % Preis

Ausgabe der Unterlagen

Weitere Unterlagen können gefordert werden bei: Stadt Köln, Zentrales Vergabeamt -27-, Zimmer-Nummer: 10 A 04, Willy-Brandt-Platz 2, 50679 Köln, Telefon: 0221/221-26884, Fax: 0221/221-26272

Abgeholt werden können die Unterlagen montags bis freitags von 8 bis 12 Uhr.

Wird ein Entgelt für die Unterlagen erhoben, ist dieses sowohl bei Abholung als auch bei Versand im Voraus zu überweisen. Bitte zahlen Sie den Betrag auf das Konto bei der Sparkasse KölnBonn, Kontonummer 1929792990, BLZ 37050198. Als Verwendungszweck ist die oben genannte zehnstellige Vergabenummer anzugeben. Die Vorlage des Einzahlungsbelegs, zum Beispiel die Auftragsbestätigung bei Onlinebuchung, ist Voraussetzung für die Herausgabe oder den Versand der Vergabeunterlagen.

Entgelt für die Unterlagen: Für Abholer: 9,80 Euro, Bei Versand: 12,20 Euro

Empfohlener Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen: 08.10.2013

Frist für die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge: 15.10.2013 – 10.30 Uhr

Zuschlagsfrist: 15.01.2014

Bewerbung/Angebote bitte richten an: Stadt Köln, Zentrales Vergabeamt -27-, Zimmer-Nummer: 10 A 021, Willy-Brandt-Platz 2, 50679 Köln

Bewerbungen/Angebote sind in allen Bestandteilen in deutscher Sprache abzufassen.

Auskunft erteilt: Ihre Fragen senden Sie bitte an die E-Mail-Adresse submissiondienst-vergabeamt@stadt-koeln.de oder an die Faxnummer 0221/221-26272.

Bei der Eröffnung der Angebote dürfen Bieterinnen und Bieter oder ihre Bevollmächtigten anwesend sein.

Nachprüfungsstelle: Bezirksregierung Köln, Zeughausstraße 2–10, 50667 Köln

465 Öffentliche Ausschreibung nach VOB Neubau Grundschule mit Turnhalle und Kindertagesstätte Ottostraße in Köln – Bodenbelagsarbeiten – 2013-1927-4C

Öffentlicher Auftraggeber: Stadt Köln, Zentrales Vergabeamt -27-, Willy-Brandt-Platz 2, 50679 Köln

Zusendung der Unterlagen: Online-Formular

Für Selbstabholer: Ausgabestelle: Zimmer 10 A 04

Vergabenummer: 2013-1927-4C

Verfahrens-/Vertragsart: öffentliche Ausschreibung – VOB

Vorgaben des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen

Die Vergabe des Auftrages richtet sich unter anderem nach dem Gesetz über die Sicherung von Tariftreue und Sozialstandards sowie fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen – TVgG – NRW) vom 10. Januar 2012. Hiernach müssen Bieterrinnen oder Bieter, deren Nachunternehmerinnen oder Nachunternehmer beziehungsweise Verleiherinnen oder Verleiher von Arbeitskräften, soweit diese bereits bei Angebotsabgabe bekannt sind beziehungsweise bekannt sein müssen, gemäß den Vorgaben der §§ 4, 17, 18 und 19 TVgG Verpflichtungserklärungen zu Umweltstandards und Energieeffizienz, sozialen Mindeststandards, Frauen- und Familienförderung sowie bei Bau- und Dienstleistungen auch zu Tarif- beziehungsweise Mindestlöhnen abgeben. Die Verpflichtungserklärungen sind Bestandteil der Vergabeunterlagen.

Inhalt und Umfang des Auftrags

Gegenstand der Bekanntmachung: Öffentlicher Auftrag

Ort der Ausführung: Ottostraße 76, 50823 Köln

Kurze Beschreibung des Auftrags: Neubau Grundschule mit Turnhalle und Kindertagesstätte in Massivbauweise
Linoleumoberbelag

Aufteilung in Lose: Die Ausschreibung ist nicht in Lose aufgeteilt.

Varianten/Nebenangebote sind zulässig: nein

Gesamtmenge beziehungsweise -umfang des Auftrags: Linoleumoberbelag circa 2.200 m²

Optionen: nein

Vertragslaufzeit der Auftragsausführung: 20 Tage

Beginn und Ende der Auftragsausführung:

Beginn: 02/2014

Voraussetzungen des Auftrags

Geforderte Kautionen und Sicherheiten: §17 VOB/B.

Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen beziehungsweise Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: §16 VOB/B.

Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird: Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigter Vertreterin oder bevollmächtigtem Vertreter.

Sonstige Bedingungen an die Auftragsausführung: keine

Geforderte Nachweise zur persönlichen Lage: keine

Geforderte Nachweise zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit: Jahresumsatz der letzten drei Jahre.

Geforderte Nachweise zur technischen Leistungsfähigkeit:

- Vergleichbare Referenzobjekte mit Kurzbeschreibung und Auftragwert der letzten 3 Jahre sowie Angabe des Architekten/Ansprechpartner und Telefonnummer.

- Zahl der, im Jahresdurchschnitt beschäftigten Arbeitnehmer, der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, gegliedert nach Berufsgruppen.

Zeitpunkt der Vorlage der geforderten Nachweise:

Auf besonderes Verlangen des Auftraggebers vor Auftragsver-

gabe.

Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der betreffenden Dienstleistung verantwortlich sein soll: ja

Teilnahmekriterien (objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern) mit Gewichtung: keine

Zuschlagskriterien
Zuschlagskriterien (bei europaweiten Verfahren mit deren Gewichtung): 100 % Preis

Ausgabe der Unterlagen

Entgelt für die Unterlagen: Für Abholer: 7,80 Euro, Bei Versand: 10,20 Euro

Empfohlener Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen: 11.10.2013

Frist für die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge: 18.10.2013 – 10.30 Uhr

Zuschlagsfrist: 17.01.2014

Bewerbung/Angebote bitte richten an: Stadt Köln, Zentrales Vergabeamt -27-, Zimmer-Nummer: 10 A 021, Willy-Brandt-Platz 2, 50679 Köln

Bewerbungen/Angebote sind in allen Bestandteilen in deutscher Sprache abzufassen.

Auskunft erteilt: Ihre Fragen senden Sie bitte an die E-Mail-Adresse submissionsdienst-vergabeamt@stadt-koeln.de oder an die Faxnummer 0221/221-26272.

Bei der Eröffnung der Angebote dürfen Bieterinnen und Bieter oder ihre Bevollmächtigten anwesend sein.

Nachprüfungsstelle: Bezirksregierung Köln, Zeughausstraße 2–10, 50667 Köln

466 Öffentliche Ausschreibung nach VOB Neubau Mensa Adalbertstraße, Köln – Tischlerarbeiten – 2013-1891-4C

Öffentlicher Auftraggeber: Stadt Köln, Zentrales Vergabeamt -27-, Willy-Brandt-Platz 2, 50679 Köln

Zusendung der Unterlagen: Online-Formular

Für Selbstabholer: Ausgabestelle: Zimmer 10 A 04

Vergabenummer: 2013-1891-4C

Verfahrens-/Vertragsart: öffentliche Ausschreibung – VOB
Vorgaben des Tarifreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen

Die Vergabe des Auftrages richtet sich unter anderem nach dem Gesetz über die Sicherung von Tarifreue und Sozialstandards sowie fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Tarifreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen – TVgG – NRW) vom 10. Januar 2012. Hiernach müssen Bieterinnen oder Bieter, deren Nachunternehmerinnen oder Nachunternehmer beziehungsweise Verleiherinnen oder Verleiher von Arbeitskräften, soweit diese bereits bei Angebotsabgabe bekannt sind beziehungsweise bekannt sein müssen, gemäß den Vorgaben der §§ 4, 17, 18 und 19 TVgG Verpflichtungserklärungen zu Umweltstandards und Energieeffizienz, sozialen Mindeststandards, Frauen- und Familienförderung sowie bei Bau- und Dienstleistungen auch zu Tarif- beziehungsweise Mindestlöhnen abgeben. Die Verpflichtungserklärungen sind Bestandteil der Vergabeunterlagen.

Inhalt und Umfang des Auftrags

Gegenstand der Bekanntmachung: Öffentlicher Auftrag
Ort der Ausführung: Adalbertstraße 17/Lustheider Straße 43
51103 Köln

Kurze Beschreibung des Auftrags:

Neubau Schulmensa (L/B Gebäude = 32,24m/24,44m), freistehend im Hof platziert mit überdachten Zugang, in Massivbauweise aus Stahlbeton mit zweischalige Betonfertigteil-Sichtbetonfassade.

Der Auftrag für Tischlerarbeiten umfasst im Wesentlichen:

1. Herstellung, Lieferung und Montage von Feucht-, Naßraum, und Schiebetüren im Küchenbereich.

2. Herstellung, Lieferung und Montage eines horizontalen Faltladens für einen Kiosk. Lichtes Rohbauöffnungsmaß (LxB) = 4.600mm x 3.760mm. Faltladen-Öffnungsmaß (LxB) = 4.600mm x 1.800mm. Die Leistung umfasst neben dem motorbetriebenen Faltladen auch Herstellung von Brüstung und Blende. Oberfläche der sichtbaren Beplankung von Faltladen, Brüstung und Blende ist eine HPL-beschichtete Holzwerkstoffplatte.

3. Lieferung und Montage einer mobilen Trennwand zur mittleren Teilung des Speiseraumes. Lichtes Rohbauöffnungsmaß (LxB) = 15.280mm x 4.180mm. Die Herstellung und Beplankung der Abhängung der Laufschiene im Bereich der Abhangdecke ist Bestandteil der Leistung. Abmessung der manuell (keine Motorunterstützung) zu bedienenden Wandelemente: (LxB) 15.280 mm x 3.500mm. Schalldämm-Maß R_w = 42db. Aufteilung in Lose: Die Ausschreibung ist nicht in Lose aufgeteilt.

Varianten/Nebenangebote sind zulässig: nein

Gesamtmenge beziehungsweise -umfang des Auftrags:

- 14 Feuchtraumtüren, davon 2 Stück mit Oberblende für Raumhöhe 3,50m.

- 3 Naßraumtüren, davon 1 Stück mit Oberblende für Raumhöhe 3,50m.

- 2 großformatige, raumhohe Schiebetüren, Öffnungsmaß (HxB) = 3.500mm x 1.800mm

- 1 horizontaler Faltladen

- 1 mobile Trennwand

Optionen: nein

Vertragslaufzeit der Auftragsausführung: 90 Tage

Beginn und Ende der Auftragsausführung:

Beginn: 11/2013

Voraussetzungen des Auftrags

Geforderte Kautionen und Sicherheiten: §17 VOB/B.

Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen beziehungsweise Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: §16 VOB/B.

Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigter Vertreterin oder bevollmächtigtem Vertreter.

Sonstige Bedingungen an die Auftragsausführung: keine

Geforderte Nachweise zur persönlichen Lage: keine
Geforderte Nachweise zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit: Angabe der Umsätze des Unternehmens in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren.

Geforderte Nachweise zur technischen Leistungsfähigkeit:

- Vergleichbare Referenzobjekte mit Kurzbeschreibung und Auftragwert der letzten 3 Jahre sowie Angabe des Architekten/Ansprechpartner und Telefonnummer.

- Zahl der, im Jahresdurchschnitt beschäftigten Arbeitnehmer, der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, gegliedert nach Berufsgruppen.

Zeitpunkt der Vorlage der geforderten Nachweise: Auf beson-

deres Verlangen des Auftraggebers zur Auftragsvergabe. Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der betreffenden Dienstleistung verantwortlich sein soll: ja
Zuschlagskriterien
Zuschlagskriterien (bei europaweiten Verfahren mit deren Gewichtung): 100 % Preis

Ausgabe der Unterlagen

Weitere Unterlagen können gefordert werden bei: Stadt Köln, Zentrales Vergabeamt -27-, Zimmer-Nummer: 10 A 04, Willy-Brandt-Platz 2, 50679 Köln, Telefon: 0221/221-32554, Fax: 0221/221-26272

Abgeholt werden können die Unterlagen montags bis freitags von 8 bis 12 Uhr.

Wird ein Entgelt für die Unterlagen erhoben, ist dieses sowohl bei Abholung als auch bei Versand im Voraus zu überweisen. Bitte zahlen Sie den Betrag auf das Konto bei der Sparkasse KölnBonn, Kontonummer 1929792990, BLZ 37050198. Als Verwendungszweck ist die oben genannte zehnstellige Vergabenummer anzugeben. Die Vorlage des Einzahlungsbelegs, zum Beispiel die Auftragsbestätigung bei Onlinebuchung, ist Voraussetzung für die Herausgabe oder den Versand der Vergabeunterlagen.

Entgelt für die Unterlagen: Für Abholer: 12,12 Euro, Bei Versand: 14,52 Euro

Empfohlener Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen: 08.10.2013

Frist für die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge: 15.10.2013 – 11.00 Uhr

Zuschlagsfrist: 15.01.2014

Bewerbung/Angebote bitte richten an: Stadt Köln, Zentrales Vergabeamt -27-, Zimmer-Nummer: 10 A 021, Willy-Brandt-Platz 2, 50679 Köln

Bewerbungen/Angebote sind in allen Bestandteilen in deutscher Sprache abzufassen.

Auskunft erteilt:

Ihre Fragen senden Sie bitte an die E-Mail-Adresse submissionsdienst-vergabeamt@stadt-koeln.de oder an die Faxnummer 0221/221-26272.

Bei der Eröffnung der Angebote dürfen Bieterinnen und Bieter oder ihre Bevollmächtigten anwesend sein.

Nachprüfungsstelle: Bezirksregierung Köln, Zeughausstraße 2–10, 50667 Köln

467 Öffentliche Ausschreibung nach VOL Rahmenvertrag zur Beschaffung von Verbrauchsmaterial (verstellbare Immobilisationskragen, Larynx-tuben, Sicherheitsvenenverweilkanülen, Zentrale Venenkatheter) für den Rettungsdienst der Stadt Köln mit einer Vertragsdauer von 24 Monaten – 2013-1928-4Q

Öffentlicher Auftraggeber: Stadt Köln, Zentrales Vergabeamt -27-, Willy-Brandt-Platz 2, 50679 Köln

Zusendung der Unterlagen: Online-Formular

Für Selbstabholer: Ausgabestelle: Zimmer 10 A 04

Vergabenummer: 2013-1928-4Q

Verfahrens-/Vertragsart: öffentliche Ausschreibung – VOL

Vorgaben des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen

Die Vergabe des Auftrages richtet sich unter anderem nach dem Gesetz über die Sicherung von Tariftreue und Sozialstandards sowie fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen – TVgG – NRW) vom 10. Januar 2012. Hiernach müssen Bieterrinnen oder Bieter, deren Nachunternehmerinnen oder Nachunternehmer beziehungsweise Verleiherinnen oder Verleiher von Arbeitskräften, soweit diese bereits bei Angebotsabgabe bekannt sind beziehungsweise bekannt sein müssen, gemäß den Vorgaben der §§ 4, 17, 18 und 19 TVgG Verpflichtungserklärungen zu Umweltstandards und Energieeffizienz, sozialen Mindeststandards, Frauen- und Familienförderung sowie bei Bau- und Dienstleistungen auch zu Tarif- beziehungsweise Mindestlöhnen abgeben. Die Verpflichtungserklärungen sind Bestandteil der Vergabeunterlagen.

Inhalt und Umfang des Auftrags

Gegenstand der Bekanntmachung: Abschluss einer Rahmenvereinbarung, Laufzeit 24 Monate

Ort der Ausführung: Stadt Köln – Berufsfeuerwehr, Amt für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz

Angaben zur Rahmenvereinbarung: Rahmenvereinbarung mit mehreren Wirtschaftsteilnehmern

Laufzeit der Rahmenvereinbarung in Monaten: 24

Kurze Beschreibung des Auftrags: Mit diesem Auftrag soll die Lieferung vorgegebener Verbrauchsartikel bestimmter Hersteller oder Lieferanten sichergestellt werden.

Aufteilung in Lose: Die Angebote sollten wie folgt eingereicht werden: nur für eine beliebige Anzahl an Losen

Losbeschreibung: Los 1: Verstellbare Immobilisationskragen

Los 2: Larynx-tuben Los 3: Sicherheits-Venenverweilkanülen

Los 4: Zentrale Venenkatheter

Varianten/Nebenangebote sind zulässig: ja

Gesamtmenge beziehungsweise -umfang des Auftrags:

Los 1: Verstellbare Immobilisationskragen circa 6.500 Stück

Los 2: Larynx-tuben circa 1.850 Stück

Los 3: Sicherheits-Venenverweilkanülen circa 70.400 Stück

Los 4: Zentrale Venenkatheter circa 100 Stück

Optionen: nein

Vertragslaufzeit der Auftragsausführung: 24 Monate

Voraussetzungen des Auftrags

Geforderte Kautionen und Sicherheiten: §18 VOL/B.

Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen beziehungsweise Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: §17 VOL/B.

Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird: Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigter Vertreterin oder bevollmächtigtem Vertreter.

Sonstige Bedingungen an die Auftragsausführung:

Die Artikel sind über den Handelsplatz-Köln einzustellen. Der Abruf erfolgt ausschließlich über dieses Portal.

Geforderte Nachweise zur persönlichen Lage: keine

Geforderte Nachweise zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit: keine

Geforderte Nachweise zur technischen Leistungsfähigkeit: keine

Zeitpunkt der Vorlage der geforderten Nachweise: keine

Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der betreffenden Dienstleistung verantwortlich sein soll: ja

Teilnahmekriterien (objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern) mit Gewichtung: keine

Zuschlagskriterien

Zuschlagskriterien (bei europaweiten Verfahren mit deren Gewichtung): 100 % Preis

Ausgabe der Unterlagen

Weitere Unterlagen können gefordert werden bei: Stadt Köln, Zentrales Vergabeamt -27-

Zimmer-Nummer: 10 A 021, Willy-Brandt-Platz 2, 50679 Köln, Telefon: 0221/221-32554

Fax: 0221/221-26272

Abgeholt werden können die Unterlagen montags bis freitags von 8 bis 12 Uhr.

Wird ein Entgelt für die Unterlagen erhoben, ist dieses sowohl bei Abholung als auch bei Versand im Voraus zu überweisen.

Bitte zahlen Sie den Betrag auf das Konto bei der Sparkasse KölnBonn, Kontonummer 1929792990, BLZ 37050198. Als Verwendungszweck ist die oben genannte zehnstellige Vergabenummer anzugeben. Die Vorlage des Einzahlungsbelegs, zum Beispiel die Auftragsbestätigung bei Onlinebuchung, ist Voraussetzung für die Herausgabe oder den Versand der Vergabeunterlagen.

Entgelt für die Unterlagen: Für Abholer: 7,80 Euro, Bei Versand: 7,80 Euro

Empfohlener Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen: 14.10.2013

Frist für die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge: 21.10.2013 – 14.00 Uhr

Zuschlagsfrist: 21.01.2014

Bewerbung/Angebote bitte richten an: Stadt Köln, Zentrales Vergabeamt -27-, Zimmer-Nummer: 10 A 021, Willy-Brandt-Platz 2, 50679 Köln

Bewerbungen/Angebote sind in allen Bestandteilen in deutscher Sprache abzufassen.

Auskunft erteilt:

Ihre Fragen senden Sie bitte an die E-Mail-Adresse submissionsdienst-vergabeamt@stadt-koeln.de oder an die Faxnummer 0221/221-26272.

Nachprüfungsstelle: Bezirksregierung Köln, Zeughausstraße 2–10, 50667 Köln

468 Öffentliche Ausschreibung nach VOF Hansa Gymnasium Köln: Leistungen der Tragwerksplanung im Rahmen der Generalsanierung des – Tragwerksplanung – 2013-1860-3

Öffentlicher Auftraggeber: Stadt Köln, Zentrales Vergabeamt -27-, Willy-Brandt-Platz 2, 50679 Köln

Zusendung der Unterlagen: Online-Formular

Für Selbstabholer: Ausgabestelle: Zimmer 10 A 04

Vergabenummer: 2013-1860-3

Verfahrens-/Vertragsart: Verhandlungsverfahren – VOF

Vorgaben des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen

Die Vergabe des Auftrages richtet sich unter anderem nach dem Gesetz über die Sicherung von Tariftreue und Sozialstandards sowie fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen – TVgG – NRW) vom 10. Januar 2012. Hiernach müssen Bieterrinnen oder Bieter, deren Nachunternehmerinnen oder Nachunternehmer beziehungsweise Verleiherinnen oder Verleiher von Arbeitskräften, soweit diese bereits bei Angebotsabgabe bekannt sind beziehungsweise bekannt sein müssen, gemäß den Vorgaben der §§ 4, 17, 18 und 19 TVgG Verpflichtungserklärungen zu Umweltstandards und Energieeffizienz, sozialen Mindeststandards, Frauen- und Familienförderung sowie bei Bau- und Dienstleistungen auch zu Tarif- beziehungsweise Mindestlöhnen abgeben. Die Verpflichtungserklärungen sind Bestandteil der Vergabeunterlagen.

Inhalt und Umfang des Auftrags

Gegenstand der Bekanntmachung: Öffentlicher Auftrag

Ort der Ausführung: Köln

Kurze Beschreibung des Auftrags: Hintergrund: Sieben Bildungseinrichtungen haben sich zur „Bildungslandschaft Altstadt Nord“ zusammengeschlossen. Als Modellprojekt der Stadt Köln mit Unterstützung der Montag Stiftungen „Urbane Räume“ und „Jugend und Gesellschaft“ soll sie mit einem breiten, komplexen pädagogischen Ansatz dazu beitragen, das Angebot zeitgemäßer Bildung für Kinder und Jugendliche im Kölner Stadtteil Altstadt Nord zu erweitern und ihnen eine lückenlose Bildungskette anzubieten. In diesem Rahmen führt die Stadt Köln aktuell ein Verhandlungsverfahren mit Stegreif-Entwurf (Objektplanung) für die Generalsanierung und Erweiterung des Hansa Gymnasiums durch. Das Ergebnis des Verhandlungsverfahrens liegt voraussichtlich Ende September vor und wird allen Bietern mit der Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes zur Verfügung gestellt. Für das gesamte Bauvorhaben steht ein Kostenrahmen von rund 12,9 Mio. EUR (netto) für die Kostengruppen 300/400 zur Verfügung. Die Kosten der Kostengruppe 300/400 schlüsseln sich wie folgt auf:

Gesamtkosten Generalsanierung: circa 9,3 Millionen EURO (netto)

Gesamtkosten Erweiterungsbau: 3,6 Millionen EURO (netto)

Die künftige Soll-BGF für das Hansa Gymnasium umfasst insgesamt 10.098 qm.

Bestandsgebäude Hansaring: 5.172 qm BGF

Bestandsgebäude Ritterstraße: 2.706 qm BGF

Erweiterungsbau: 2.220 qm BGF

Im Rahmen der Generalsanierung des denkmalgeschützten Bestandsbaus sind unter anderem folgende Maßnahmen vorgesehen:

- Brandschutzsanierung
- energetische Sanierung des gesamten Gebäudes
- Dachsanierung inklusive Dämmung

- Feuchtesanierung des gesamten Kellerbereichs
- Haustechnische Sanierung des gesamten Gebäudes
- Demontage der stillgelegten haustechnischen Anlagen
- Sanierung der Innenräume
- Sanierung der Veranstaltungstechnik Aula
- neue Haustechnik für Naturwissenschaften
- Erneuerung der Schließanlage
- Sanierung der Grundleitungen im Außenbereich bis zum Kanalanschluss
- Neugestaltung des Außenbereichs
- statisch relevante Umbauten in Teilbereichen

Auftragsgegenstand:

Gegenstand des Verhandlungsverfahrens ist die Tragwerksplanung für die oben genannten Hochbauten des Hansa Gymnasiums nach § 51 der HOAI 2013 sowie die Objektüberwachung gemäß Anlage 14 HOAI 2013

Abschluss voraussichtlich Mitte 2018

Aufteilung in Lose: Die Ausschreibung ist nicht in Lose aufgeteilt.

Varianten/Nebenangebote sind zulässig: nein

Gesamtmenge beziehungsweise -umfang des Auftrags: Leistungen der Tragwerksplanung, Leistungsphasen 1–6 gem. §§ 50, 51 und 52 HOAI 2013 sowie Objektüberwachung gemäß Anlage 14.1 HOAI 2013. Es ist beabsichtigt die einzelnen Leistungsphasen stufenweise zu beauftragen. In einer ersten Stufe werden die

Planungsleistungen bis zur Genehmigungsplanung beauftragt. Optionen: ja

Leistungsphase 5, 6 und Objektüberwachung

Voraussetzungen des Auftrags

Geforderte Kautionen und Sicherheiten: siehe unter III.2.2)

Amtsblatt der Europäischen Union

Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen beziehungsweise Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: Abschlagszahlungen erfolgen nach Leistungsstand

Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird: Bietergemeinschaften sind vor Angebotsabgabe nicht verpflichtet, eine bestimmte Rechtsform anzunehmen. Sie haben mit ihrem Teilnahmeantrag eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung abzugeben, -in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist.

-in der alle Mitglieder aufgeführt sind und in der der für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist.

-dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,

-dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

Wird diese Bietergemeinschaftserklärung nicht eingereicht, wird der Teilnahmeantrag der

Bewerbergemeinschaft ausgeschlossen. Mehrfachbewerbungen sind nicht zulässig und führen automatisch zum Ausschluss. Mehrfachbewerbungen sind auch Bewerbungen unterschiedlicher Niederlassungen eines Bewerberbüros sowie mehrerer Mitglieder

ständiger Büro- und Arbeitsgemeinschaften.

Sonstige Bedingungen an die Auftragsausführung:

- Die örtliche Präsenz in Köln während der Bauzeit ist durchgehend sicherzustellen.

- Die Objektüberwachung ist im Auftragsfall durch den Einsatz eines Fachingenieurs (mit Qualifikation in der entsprechenden Fachrichtung) sicherzustellen.

- Im Auftragsfall ist eine Erklärung nach § 1 des Verpflichtungsgesetzes abzugeben.

- Ein personeller Wechsel der Projektleitung ist innerhalb der

Vertragslaufzeit nur mit Zustimmung des Bauherren zulässig.

- Unterbeauftragungen sind nur mit Zustimmung des Bauherrn zulässig.

Geforderte Nachweise zur persönlichen Lage: Bieter sowie deren Nachunternehmer und Verleiher von Arbeitskräften, soweit diese bei Angebotsabgabe bekannt sind, haben mit dem Angebot die gemäß Gesetz über die Sicherung von Tariftreue und Sozialstandards sowie fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen – TVgG – NRW) vom 10.01.2012 (Gesetz- und Verordnungsblatt Ausgabe 2012 Nummer 2 vom 26.01.2012 Seite 15 bis 26) erforderliche Verpflichtungserklärung abzugeben (Gewährung von Tarif- beziehungsweise Mindestlohn, Beachtung der ILO-Kernarbeitsnormen); ein Vordruck ist den Vergabeunterlagen beigelegt.

- Bewerbungsbogen

Für den Teilnahmeantrag ist ein Bewerbungsformular zu verwenden, das bei der unter Anhang A (Sonstige Adressen und Kontaktstellen), genannten Kontaktstelle Stadt Köln, 27/ Zentrales Vergabeamt angefordert werden kann. Zur Angabe der vollständigen Nachweise ist der Bewerbungsbogen vollständig ausgefüllt und rechtskräftig unterschrieben in Papierform einzureichen. Bewerbungen sind nur mit diesem Bewerbungsbogen möglich. Nicht rechtskräftig unterschriebene Teilnahmeanträge werden nicht berücksichtigt.

Im Falle einer Bewerbung als Bewerbergemeinschaft ist von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft die Bewerbererklärung, die Nachweise und Erläuterungen, die Leistungsübersicht sowie die Auszüge aus der Leistungsübersicht vollständig auszufüllen und, soweit gefordert, rechtskräftig zu unterschreiben. Ebenso sind die erforderlichen Nachweise der Bewerbung beizufügen (Anlage 4, 5, 6, 7 und gegebenenfalls Anlage 8). Es ist ein bevollmächtigter Vertreter für die Bewerbergemeinschaft zu benennen.

- Unterschriftenberechtigung

Nachweis der Unterschriftenberechtigung bei juristischen Personen durch Vorlage eines aktuellen Handelsregistrauszuges (nicht älter als 6 Monate ab dem Bekanntmachungstermin)

- Erklärung zur wirtschaftlichen Verknüpfung mit anderen gemäß § 4 (2) VOF

- Erklärung des Bewerbers, dass keine Ausschlussgründe gemäß § 4 (6)a-e VOF gegen ihn vorliegen

- Erklärung, dass über sein Vermögen weder das Insolvenzverfahren noch ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt wurde, gemäß § 4 (9) VOF

- Erklärung, dass er seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt hat. gemäß § 4 (9) VOF (Abgabe sämtlicher Nachweise, in deutscher Sprache, mit dem Teilnahmeantrag)

Geforderte Nachweise zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit:

a) Bankerklärung zur finanziellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit gemäß §5 (4) a) VOF

b) Gesamtumsatz und Umsatz für die ausgeschriebene Dienstleistung bezogen auf die letzten 3 Jahre 2010, 2011, 2012, gemäß § 5 (4) c) VOF

c) Eigenerklärung zum Jahr der Bürogründung

d) Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung in Höhe von 3 Millionen Euro für Personen- und in Höhe von 3 Millionen Euro für Sach- und sonstige Schäden.

Mindestanforderung ist die Erklärung des Bieters, dass im Auftragsfall die vorgenannten Versicherungen abgeschlossen werden.

(Abgabe sämtlicher Nachweise mit dem Teilnahmeantrag)

Möglicherweise geforderte Mindeststandards: (falls zutreffend)

Zu b) Geforderter Mindeststandard: Der durchschnittliche Umsatz (netto) für entsprechende

Dienstleistungen muss mindestens 300.000 Euro (netto) betragen

Geforderte Nachweise zur technischen Leistungsfähigkeit:

1) Erklärung zur Anzahl und Qualifikation der in den letzten 3 Jahren beschäftigten Mitarbeiter gemäß § 5 (5)d VOF. Es wird gefordert, dass mindestens zwei der beschäftigten projektverantwortlichen Diplom-Ingenieure oder Ingenieurinnen (mindestens ein Ingenieur mit einer Hochschulausbildung an einer TH oder TU oder gleichwertig) im Bereich Tragwerksplanung (Berechnungsingenieure – konstruktiver Ingenieurbau, Bürohhaber und/ oder festangestellte Beschäftigte) jeweils mindestens 5 Jahre Berufserfahrung aufweisen.

2) Liste (Leistungsübersicht) der wesentlichen erbrachten Leistungen (§ 5 Abs. 5 (b) VOF), unter Angabe:

- des Rechnungswertes (Baukosten netto),
- der Leistungszeit,
- des Auftraggebers (inklusive Nennung des Ansprechpartners) und
- der erbrachten abgeschlossenen Leistungsphasen.

Der Betrachtungszeitraum ist August 2010 bis einschließlich August 2013.

3) Aus der Leistungsübersicht sind drei geplante und realisierte Projekte (die Rohbauabnahme muss erfolgt sein) in vergleichbarer Größenordnung und Aufgabenstellung (Neubauten, Erweiterungsneubauten, Sanierung/Umbau eines denkmalgeschützten Gebäudes (ODER eines Gebäudes älter als 100 Jahre ODER eines denkmalwerten/denkmalwürdigen Gebäudes, dessen bauliche Bedeutsamkeit offiziell anerkannt wurde; Nachweise sind der Bewerbung beizulegen) nach § 5 (5)b VOF zu nennen, die die nachfolgenden inhaltlichen Kriterien erfüllen: Von den drei Projekten müssen mindestens zwei Projekte eine Größenordnung von mindestens 2,5 Millionen Euro (netto) für die anrechenbaren Kosten gemäß § 50 HOAI 2013 aufweisen. Das dritte Projekt wird mit einer Größenordnung ab 1,5 Millionen Euro (netto) anerkannt.

Bei den Auszügen aus der Leistungsübersicht muss mindestens eine Schule bearbeitet worden sein und mindestens ein Projekt der Honorarzone III ist nachzuweisen. Jeweils ist ein Referenzschreiben des Bauherrn und/oder des Auftraggebers beizufügen oder alternativ eine Eigenerklärung.

Bei allen drei Projekten muss die vollständige Bearbeitung von 5 der 6 in der Aufgabenbeschreibung genannten Leistungsphasen (Leistungsphasen 1 bis 6), oder gleichwertiger landesspezifischer Leistungen, gemäß § 50 und § 51 HOAI 2013, nachgewiesen werden, sowie die Objektüberwachung in tragwerksplanerischer Hinsicht gemäß HOAI 2013, Anlage 14 oder gleichwertiger landesspezifischer Leistungen zur Ergänzung der prüfstatischen Leistungen.

Der Bewerber muss die drei Projekte auf jeweils maximal drei DIN A 4 Seiten in Form von Text sowie Fotos oder Skizzen darstellen, mit Angaben der Projektbezeichnung, des Auftraggebers mit Adresse, Ansprechpartner und Telefonnummer, Planungs- und Realisierungszeitraum, Projektumfang (Projektvolumen/Größenordnung), Art der Konstruktion und Angabe der bearbeiteten Leistungsphasen und anrechenbaren Kosten gem. § 50 HOAI 2013 oder gleichwertig.

Bewerbergemeinschaften können die Kriterien gemeinsam erfüllen.

4) Angaben zu Geräten und technischer Ausstattung, über die der Bewerber zur Erbringung der Dienstleistungen verfügen wird, gemäß § 5 (5)e VOF.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards: (falls zutreffend)
Ein Büro wird bei der weiteren Wertung außer Betracht gelassen, wenn die Anzahl der Mitarbeiter im Mittel in den letzten 3 Geschäftsjahren jeweils unter 5 liegt (Summe aus Büroleitung und fest angestellten Mitarbeitern).

Zeitpunkt der Vorlage der geforderten Nachweise: Abgabe sämtlicher Nachweise, in deutscher Sprache, mit dem Teilnahmeantrag

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten:

Zur Bewerbung sind alle natürlichen Personen zugelassen, die gemäß Rechtsvorschriften ihres Herkunftsstaates zur Führung der Berufsbezeichnung Ingenieur der jeweiligen Fachrichtung berechtigt sind. Ist in dem jeweiligen Herkunftsstaat die Berufsbezeichnung gesetzlich nicht geregelt, so erfüllt die fachlichen Anforderungen, wer über ein Diplom, Prüfzeugnis oder sonstigen Befähigungsnachweis der Fachrichtung, die der Aufgabenstellung

entspricht, verfügt, dessen Anerkennung nach der Richtlinie 85/384 EWG und Richtlinie 89/48/EWG gewährleistet ist. Juristische Personen sind zugelassen, wenn der Projektverantwortliche die an die natürliche Person gestellten Anforderungen erfüllt.

(Abgabe sämtlicher Nachweise, in deutscher Sprache, mit dem Teilnahmeantrag).

Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der betreffenden Dienstleistung verantwortlich sein soll: ja
Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden:

1. Die fristgerechte Vorlage (Abgabe mit Teilnahmeantrag) der geforderten Nachweise, Erklärungen und das vollständig ausgefüllte Bewerbungsformular (rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle, technische Leistungsfähigkeit, Teilnahmebedingungen).
2. Die Auswahl der Bewerber erfolgt auf Grundlage der zum Nachweis der Eignung geforderten Angaben, Erklärungen und Unterlagen mit einem Schwerpunkt bei den unter III.2.3 Technische Leistungsfähigkeit geforderten drei Projekte (Auszüge aus der Leistungsübersicht). Soweit die Mindestanforderungen erfüllt sind, ist die Rangfolge der erreichten Punktzahl für die Auswahl maßgebend.

Die Bewertung erfolgt nach folgender Aufstellung (maximale Punktzahl/Wertung/gewichtete Punktzahl).

3. Größenordnung der drei vergleichbaren Projekte (maximal 15 Punkte pro Projekt größer/gleich 5 Millionen Euro (netto) für die anrechenbaren Kosten gemäß § 50 HOAI 2013, oder gleichwertige landesspezifische Kostengruppe, insgesamt maximal 45 Punkte. Bei Projekten die kleiner sind als 5 Millionen Euro (netto) für die vor genannten Kosten, verringert sich die Punktzahl entsprechend linear bis zur Mindestanforderung, gemäß der Forderung unter Technischer Leistungsfähigkeit).

4. Nachweis der drei vergleichbaren Projekte Honorarzone III. (ein Projekt: 0 Punkte, da Mindestanforderung, zwei Projekte: 8 Punkte, drei Projekte: 15 Punkte, Maximalpunktzahl: 15 Punkte)

Maximal sind 60 Punkte erreichbar, bei Gleichstand entscheidet das Los zum Erreichen der 5. Stelle.

Geplante Mindestzahl der Wirtschaftsteilnehmer: 3

Höchstzahl der Wirtschaftsteilnehmer: 5

Zuschlagskriterien

Zuschlagskriterien (bei europaweiten Verfahren mit deren Gewichtung):

Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die nachstehenden Kriterien:

1. Darstellung Abwicklung des Projektes/
Einarbeitung, Herangehensweise, Objektbetreuung

1.1. Projektorganisation mit Darstellung der projektspezifischen Kapazitäten

1.2. Methodik der Steuerung

1.3. Zusammenarbeit/Abstimmung mit dem Auftraggeber und anderen Projektbeteiligten

1.4. Darstellung der Objektbetreuung/Bauüberwachung in tragwerksplanerischer Hinsicht

2. Darstellung des Zeit- und Kostencontrollings Terminalsicherung, Nachtragsabwehr und Bewältigung von Leistungsstörungen

3. Darstellung von fachtechnischen Lösungen (Gesamttragwerkskonzept /Detaillösungen) unter Berücksichtigung folgender Einzelaspekte

3.1. Besondere Verfahrensansätze und Maßnahmen in den Planungsschritten der tragwerksplanerischen Bearbeitung als fachtechnischen Beitrag für richtungsweisende Planungs- und Bauherrenentscheidungen.

3.2. Darstellung von Maßnahmen zur Erzielung kostenoptimierender und innovativer Planungsansätze in der tragwerksplanerischen Bearbeitung unter Berücksichtigung anderer am Planungsprozess beteiligter Gewerke.

3.3. Darstellung von Besonderen Leistungen, um die unter 3.1 und 3.2 genannten Ziele zu erreichen.

4. Honorarvertrag:
Der Vertragsentwurf wird den ausgewählten Teilnehmern mit der Einladung zum Verhandlungsgespräch zugesendet. Hier sind Honorarsatz, Nebenkosten und der gegebenenfalls erforderliche Besonderen Leistungen zu ergänzen.
Der Vertrag ist vor der Verhandlung an das Zentrale Vergabeamt zu übersenden, damit vorab das Honorar ermittelt werden kann.
Handouts werden nicht Gegenstand der Wertung sein. Ein Handout zur Nachvollziehbarkeit der Angaben ist jedoch erforderlich.

zu 1.: maximal 32 Punkte
(maximal 4 x jeweils 8 Punkte)
(jeweils: nicht nachvollziehbar: 0 Punkte, teilweise nachvollziehbar: 2 Punkte, teilweise überzeugend: 4 Punkte, nachvollziehbar: 6 Punkte, überzeugend: 8 Punkte)

zu 2.: maximal 14 Punkte
nicht nachvollziehbar: 0 Punkte, teilweise nachvollziehbar: 3 Punkte, teilweise überzeugend: 7 Punkte, nachvollziehbar: 10 Punkte, überzeugend: 14 Punkte)

zu 3.: maximal 24 Punkte
(maximal 3 x jeweils 8 Punkte)
(jeweils: nicht nachvollziehbar: 0 Punkte, teilweise nachvollziehbar: 2 Punkte, teilweise überzeugend: 4 Punkte, nachvollziehbar: 6 Punkte, überzeugend: 8 Punkte)

zu 4.: maximal 30 Punkte
(nicht nachvollziehbar: 0 Punkte, günstigstes Honorar: 30 Punkte, bei höherem Angebot – anteilig Punktereduzierung im Verhältnis)
Maximal sind 100 Punkte erreichbar.

Ausgabe der Unterlagen
Weitere Unterlagen können gefordert werden bei: Stadt Köln, Zentrales Vergabeamt -27-
Zimmer-Nummer: 10 A 04, Willy-Brandt-Platz 2, 50679 Köln, Telefon: 0221/221-26884
Fax: 0221/221-26272

Abgeholt werden können die Unterlagen montags bis freitags von 8 bis 12 Uhr.

Wird ein Entgelt für die Unterlagen erhoben, ist dieses sowohl

bei Abholung als auch bei Versand im Voraus zu überweisen. Bitte zahlen Sie den Betrag auf das Konto bei der Sparkasse KölnBonn, Kontonummer 1929792990, BLZ 37050198. Als Verwendungszweck ist die oben genannte zehnstellige Vergabenummer anzugeben. Die Vorlage des Einzahlungsbelegs, zum Beispiel die Auftragsbestätigung bei Onlinebuchung, ist Voraussetzung für die Herausgabe oder den Versand der Vergabeunterlagen.

Entgelt für die Unterlagen: Für Abholer: kostenfrei Euro

Bei Versand: kostenfrei Euro

Empfohlener Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen: 14.10.2013

Frist für die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge: 14.10.2013

Bewerbung/Angebote bitte richten an: Stadt Köln, Zentrales Vergabeamt -27-

Zimmer-Nummer: 10 A 04, Willy-Brandt-Platz 2, 50679 Köln
Bewerbungen/Angebote sind in allen Bestandteilen in deutscher Sprache abzufassen.

Auskunft erteilt: Ihre Fragen senden Sie bitte an die E-Mail-Adresse submissionsdienst-vergabeamt@stadt-koeln.de oder an die Faxnummer 0221/221-26272.

Bei der Eröffnung der Angebote dürfen Bieterinnen und Bieter oder ihre Bevollmächtigten anwesend sein.

Nachprüfungsstelle: Vergabekammer bei der Bezirksregierung Köln, Zeughausstraße 2–10, 50667 Köln

Einlegung von Rechtsbehelfen:

Genaue Angaben zu den Fristen von Rechtsbehelfen: siehe § 107 Absatz 3 Nummern 1 bis 4 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)

- unverzüglich gegenüber der Stadt Köln nach Erkennen des Verstoßes gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren
- spätestens bis Ablauf der Angebots-/Bewerbungsfrist bei Verstößen gegen Vergabevorschriften in der Bekanntmachung
- spätestens bis Ablauf der Angebots-/Bewerbungsfrist bei Verstößen gegen Vergabevorschriften in den Vergabeunterlagen
- innerhalb von 15 Tagen nach Eingang der Mitteilung der Stadt Köln, der Rüge nicht abhelfen zu wollen
siehe § 101b Absatz 2 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)
- 30 Kalendertage ab Kenntnis des Rechtsverstoßes, spätestens jedoch sechs Monate nach Vertragsschluss
- Im Fall der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der EU 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der EU
Tag der Absendung der vorliegenden Bekanntmachung an das Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften: 13.09.2013

Postvertriebsstück – Entgelt bezahlt
G 2663

Öffentliche Sitzungen der Ausschüsse und Bezirksvertretungen

		26.09.2013	Korrektur der Uhrzeit Bezirksvertretung 1 (Innenstadt) Rathaus Spanischer Bau, Heinrich-Böll- Saal (Raum-Nr. B 120) 16:00 Uhr
30.09.2013	<p>Finanzausschuss Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121) 14:30 Uhr</p> <p>Betriebsausschuss Veranstaltungszentrum Köln Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121) 14:30 Uhr</p> <p>Ausschuss für Anregungen und Beschwerden Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal (Raum-Nr. A 119) 15:00 Uhr – 18:00 Uhr</p>	30.09.2013	<p>Bezirksvertretung 3 (Lindenthal) Bezirksrathaus Lindenthal, Großer Sitzungssaal (7. Etage), Aachener Str. 220, 50931 Köln 16:00 Uhr</p> <p>Bezirksvertretung 4 (Ehrenfeld) Bezirksvertretung Ehrenfeld, Raum 116 17:00 Uhr</p>
01.10.2013	<p>Rat Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal 15:30 Uhr</p>		

Nähere Informationen finden Sie auf der Homepage der Stadt Köln unter
<http://www.stadt-koeln.de/ratderstadt/ausschuesse/> und <http://www.stadt-koeln.de/bezirke/>

Redaktionsschluss: Freitag 12 Uhr

Herausgeber: Stadt Köln · Der Oberbürgermeister

Redaktion: Amt für Presse und Öffentlichkeitsarbeit, Laurenzplatz 4, 50667 Köln, Zimmer 2;

Telefon 0221/221-22074, Fax 0221/221-37629, E-Mail: Amtsblatt@Stadt-Koeln.de

Druck: rewi druckhaus, Reiner Winters GmbH, Wiesenstraße 11, 57537 Wissen, Telefon 02742/9323-8, E-Mail: druckhaus@rewi.de, www.rewi.de

Dieses Produkt wurde auf PEFC-zertifizierten Papieren produziert, PEFC/04-31-0829.

Erscheint wöchentlich jeweils mittwochs. ISSN 0172-2522, Einzelpreis 1,50 €

Jahresabonnement: 79,50 € einschließlich Versand. Abbestellungen sind der Stadtverwaltung Köln

bis zum 30.11. eines jeden Jahres schriftlich mitzuteilen.

Das Abonnement kann nur zum jeweiligen Jahresende gekündigt werden und muss im Voraus entrichtet werden.

Die evtl. erforderliche Anfertigung von Fotokopien wird entsprechend der Verwaltungsgebührensatzung in der jeweils gültigen Fassung berechnet.

Das Amtsblatt kann gebührenfrei im Bürgerbüro, Laurenzplatz 4, 50667 Köln sowie gegen Tagesentgelt von 1,00 € in der

Zentralbibliothek der Stadtbibliothek Köln, Josef-Haubrich-Hof 1, 50676 Köln, eingesehen werden.